

# Prima Klima

Mit Verhütungsmitteln und Abtreibungen will der britische »Optimum Population Trust« den Klimawandel bekämpfen. Dafür hat er bereits die renommierte »London School of Economics« gewinnen können. Die rechnet in einer Auftragsstudie vor, wie eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen am preiswertesten zu haben sei: Durch das konsequente Verhindern »unerwünschter Geburten«.

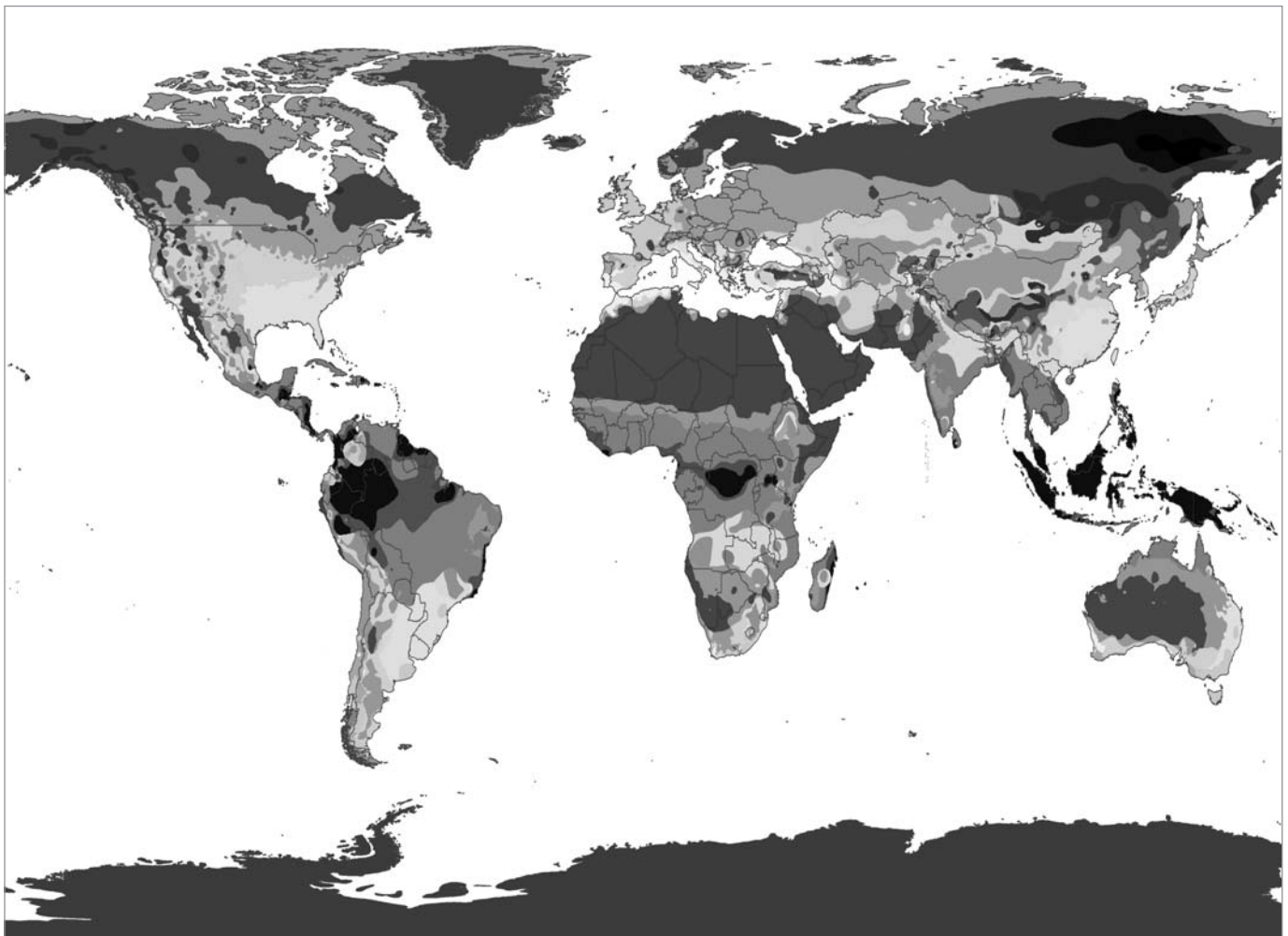
Von Stefan Rehder

Strategisch geschickter hätte der Zeitpunkt kaum gewählt sein können. Vielerorts liefen die Vorbereitungen für den UN-Klimagipfel in Kopenhagen (7. bis 18. Dezember) auf Hochtouren. Überall machte sich Angst vor einem Scheitern der Weltklimakonferenz breit. Schon grassierte die Rede von einem »Floppenhagen«, das drohe. Zu uneinig präsentierten sich im Herbst die Industrienationen; zu gewaltig erschienen vielen angesichts der Folgen der Weltfinanzkrise

die finanziellen Anstrengungen, zu denen sich die Regierungen verpflichten müssten, um in der dänischen Hauptstadt doch noch einen völkerrechtlich bindenden Klimaschutzvertrag zu beschließen, der das Kyoto-Protokoll fortschreiben könnte, welches im Jahr 2012 ausläuft. Ausgerechnet da reihten sich plötzlich Bevölkerungskontroll-Fetischisten und Abtreibungsbefürworter in die Phalanx der Klimaschützer ein und unterbreiteten einen Vorschlag, der beim Kampf gegen den

Klimawandel bislang so gut wie keine Rolle gespielt hatte.

Unter der an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassenden Überschrift »Weniger Emittenten, niedrigere Emissionen, geringere Kosten« (»Fewer Emitters, Lower Emissions, Less Cost«) wirbt eine vom britischen »Optimum Population Trust« gesponserte »Kosten/Nutzen-Analyse« der renommierten »London School of Economics« dafür, die für notwendig erachtete Reduktion des CO<sub>2</sub>-



Lässt sich auch anders sortieren als nach G8-Staaten und dem Rest der Welt: Die Welt eingeteilt nach Klimazonen gemäß der Klassifikation von Köppen-Geiger.

Ausstoßes durch die Verhinderung »unerwünschter Geburten« voranzutreiben.

Ausgehend von der Annahme, dass 40 von 100 Schwangerschaften »ungeplant« und daher hoch wahrscheinlich auch »unerwünscht« seien, rechnet der Autor der Studie, Thomas Wire, vor, dass sich in den kommenden 40 Jahren der Ausstoß von rund 34 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> vermeiden ließe, wenn es gelänge, den »unbefriedigten Bedarf« an »Familienplanung« zu decken. Dabei geht Wire von Schätzungen der Vereinten Nationen aus, denen zufolge sich weltweit rund 200 Millionen Frauen Zugang zu »modernen Methoden der Familienplanung«, einschließlich Abtreibung, wünschten. Würde ihnen dieser Zugang gewährt, ließen sich die »unerwünschten Geburten um bis 72 Prozent« und der prognostizierte Anstieg der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 »auf 8,64 Milliarden« Menschen »um mehr als eine halbe Milliarde« Menschen reduzieren. Die Vereinten Nationen rechnen damit, dass im Jahr 2050 zwischen acht und 10,5 Milliarden Menschen die Erde bevölkern werden.

**INFORMATION**

**Optimum Population Trust**

Der Optimum Population Trust zählt zu den einflussreichsten Denkfabriken in Großbritannien. Eigenen Angaben zufolge beschäftigt er sich mit den Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die Umwelt. Zu seinen Aushängeschildern zählen unter anderem der Filmmacher Sir David Attenborough, die UN-Friedensbotschafterin Jane Goodall, der Bevölkerungswissenschaftler Paul Ehrlich sowie Jonathon Porritt, Berater des britischen Premierministers Gordon Brown.

Kernstück der 40 Seiten umfassenden Studie ist eine detaillierte Kostenrechnung, bei der gängige Strategien zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung mit der von der »London School of Economics« präferierten verglichen werden. Während die Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes mit Methoden moderner Energietechnik pro eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> Kosten in Höhe von durchschnittlich 32 US-Dollar verursachten, kosteten familienplanerische Maßnahmen nur sieben US-Dollar pro eingesparte Tonne CO<sub>2</sub>. Im Einzelvergleich schneidet die Windkraft mit 24 US-Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> dabei deutlich besser ab als Solarenergie, die mit 51 US-Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> und Elektroautos, die mit 131 US-

Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> angegeben werden.

In einer Pressemitteilung zieht der »Optimum Population Trust« aus der von ihm in Auftrag gegebenen Studie den Schluss, »Verhütung« sei die »grünste Technologie« und »Familienplanung« der »preiswerteste Weg«, den »Klimawandel zu bekämpfen«, und fordert: »Die Bevölkerungsproblematik muss in die Verhandlungen über den Klimawandel beim Gipfel in Kopenhagen im Dezember aufgenommen werden.« Der in der Studie aufgezeigte Beitrag zur Lösung sei nicht nur »sehr einfach und sehr billig zu bewerkstelligen«, sondern würde auch »viele

**INFORMATION**

**London School of Economics**

Die 1895 gegründete London School of Economics and Political Science gehört zu den weltweit führenden Hochschulen in den Wirtschafts-, Rechts und Sozialwissenschaften.

Das College der Universität London besteht aus einer Fakultät mit 13 Fachbereichen. Bekannte Absolventen sind unter anderem der Soziologe Ralf Dahrendorf, US-Präsident John F. Kennedy, der italienische Ministerpräsident Romano Prodi oder auch der Investmentbanker George Soros.

andere soziale und wirtschaftliche Vorteile« mit sich bringen, »angefangen bei der Gesundheit, über die Bildung bis hin zur Stärkung von Frauen«. Darüber hinaus würde er all die anderen ökologischen Probleme verringern, die beobachtet werden könnten: »Die rapide Verminderung von Boden, frischem Wasser, Wäldern, Fischeschwärmen, Wildtieren, Ölreserven sowie die sich abzeichnende Nahrungsmittelkrise. All dies wäre einfacher mit weniger Menschen und letztlich unmöglich mit immer mehr Menschen zu lösen«, behauptet Roger Martin, Vorsitzender des »Optimum Population Trust«.

Positiv vermerken lässt sich, dass der »Optimum Population Trust« mit der geschickt platzierten Studie keinen Einfluss auf den Verlauf der Verhandlungen bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen nehmen konnte. Bislang scheint keine der offiziellen Stellen auch nur Notiz von der Studie genommen zu haben. Andererseits kann eine Einflussnahme aber für die Zukunft auch nicht völlig ausgeschlossen werden. Denn die Deckung des behaupteten Bedarfs an sogenannten Familienplanungsdiensten gehört zu den wichtigen Zielen der Vereinten Nationen.

So heißt es etwa in einem offiziellen UN-Bericht aus dem vergangenen Jahr, der sich mit den Fortschritten beschäftigt, die zur Erreichung der im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniumsziele noch erforderlich seien und für den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon das Vorwort schrieb, gänzlich unmissverständlich: »Ein ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten gefährdet die Verwirklichung mehrerer anderer Ziele.«

In Großbritannien hat die Studie der renommierten »London School of Economics« – unabhängig vom Scheitern des Klimaschutzvertrags – bereits eine heftige Debatte entfacht. So schreibt etwa der britische Umweltjournalist Fred Pearce in einem bemerkenswerten kritischen Beitrag für den »New Scientist«, das eigentliche Problem bestehe nicht in »Überbevölkerung«, sondern in »übermäßigem Konsum«. Noch »vor einem halben Jahrhundert« habe »eine Frau im Mittel fünf bis sechs Kinder« bekommen. Heute seien es durchschnittlich 2,6 Kinder. Die Hälfte der Menschheit bekomme weniger Kinder, als für eine gleich bleibende Bevölkerung erforderlich seien. Diese lebten in Europa, Ostasien und Nordamerika. Was den Kohlendioxidausstoß betreffe, so sorgten heute sieben Prozent der Weltbevölkerung für die Hälfte der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Umgekehrt verursache die ärmere Hälfte



Millenniumkampagne der Vereinten Nationen (UN)

der Menschheit nur sieben Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Pearce schreibt: »Immer wenn jemand von uns in der reichen Welt sich über zu viele Babys in Afrika oder Indien beklagt, leugnen wir unser eigenes schuldhaftes Verhalten.«